

Stadt Miesbach



Geänderte Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 28.04.2022 17:00 – 21:20 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender	1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller
Stadträte	Stadtrat Markus Baumgartner Stadträtin Aline Brunner Stadtrat Manfred Burger Stadtrat Paul Fertl Stadträtin Malin Friese Stadtrat Stefan Griesbeck Stadträtin Astrid Güldner Stadtrat Florian Hupfauer (Zugang bei Top 1.1) Stadträtin Inge Jooß Stadtrat Andreas Lechner (Abgang bei Top 5) Stadtrat Michael Lechner (Abgang bei Top 3) Stadtrat Franz Mayer Stadtrat Christian Mittermaier Stadtrat Florian Perkmann Stadtrat Erhard Pohl Stadtrat Andreas Reischl Stadtrat Florian Ruml Stadträtin Verena Schlier (Abgang bei Top 11) Stadträtin Hedwig Schmid (Abgang bei Top 12) Stadtrat Markus Seemüller Stadträtin Petra Six Stadträtin Marie-Christine van Walbeek
Es fehlte entschuldigt:	Stadtrat Alois Fuchs Stadtrat Alfred Mittermaier
Es fehlte unentschuldigt:	
Schriftführer:	Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
 - 1.1. Bekanntgabe - Verwendungsnachweis 2021 des Freien Landestheaters Bayern (FLTB)
 - 1.2. Bekanntgabe - Öffnung Freibad Miesbach
 - 1.3. Bekanntgabe - Förderung Umbau Freibad Miesbach
 - 1.4. Bekanntgabe - Termin Bürgerversammlung 2022
 - 1.5. Bekanntgabe - Uhrenaussstellung des Museumsverein Miesbach
 - 1.6. Bekanntgabe - Ehrenwache Maibaum -
 - 1.7. Bekanntgabe - Wasserarbeiten im Stadtgebiet
2. Haushalt 2022
3. Informationen zum Stand der Planungen zum Hochwasserschutz in Kleinthal, Präsentation durch das Ingenieurbüro SKI; weiteres Vorgehen
4. Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 26 (Benefiziatenhaus) in ein Haus für Kinder inkl. Brandschutzertüchtigung; Vorstellung der Entwurfsplanung
-weiteres Vorgehen
5. Überlegungen zum Aufbau eines weiteren Nahwärmeversorgungsnetzes in der Stadt Miesbach;
Informationen, weiteres Vorgehen
6. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 "Müller am Baum";
Beschluss zu Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan
7. Errichtung einer Jugendfreizeitstätte in Form eines Skaterparks im Bereich der Gemeindegrenze zu Hausham;
Information, weiteres Vorgehen
8. Bestätigung des neugewählten Kommandanten und Kommandantenstellvertreters der freiwilligen Feuerwehr Wies
9. Fertigstellung der Brandmeldeanlage und Ertüchtigung der IT Verkabelung im Rathaus und der Stadtbücherei;
Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Auftragsvergabe
10. Straßendeckenbau Voglherdstraße;
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-
11. Straßendeckenbau Haidmühl inkl. Brücke "Anger";
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-
12. Straßendeckensanierungsprogramm 2022;
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-

- 13. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
- 14. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
 - 14.1. Unvorhergesehenes - Warmbad
 - 14.2. Unvorhergesehenes - Ukraine
 - 14.3. Unvorhergesehenes - Veranstaltungen
 - 14.4. Unvorhergesehenes - Bürgerversammlung
 - 14.5. Unvorhergesehenes - Skaterpark
 - 14.6. Unvorhergesehenes - Hallenwald
 - 14.7. Unvorhergesehenes - Riviera
 - 14.8. Unvorhergesehenes - Wolf
 - 14.9. Unvorhergesehenes - Maibaum
 - 14.10. Unvorhergesehenes - Schulweg Badstraße

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung?

Die Stadtratsmitglieder Alfred Mittermaier und Alois Fuchs sind für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Stadtratsmitglieder Andreas Lechner, Verena Schlier und Michael Lechner müssen die Sitzung früher verlassen.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17.03.2022 wurde am 13.04.2022 per Mail übersandt. Sollte dem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.03.2022 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt sie im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Selbsttests unter Aufsicht vor Beginn der Sitzung sind weiterhin möglich (Tests stehen zur Verfügung). Weiterhin gilt die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske bis zum Sitzplatz.

Nach 90 Minuten ist eine 10-minütige Lüftungspause einzulegen. Die Ein- und Ausgänge sind separiert.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Hupfauer

1.1. Bekanntgabe - Verwendungsnachweis 2021 des Freien Landestheaters Bayern (FLTB)

In der Sitzung vom 07.11.2019 hat der Stadtrat beschlossen, dass dem Freien Landestheater Bayern e.V. (FLTB) für den Zeitraum von 3 Jahren (2020 – 2022) ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 37.500 € gewährt wird.

Mit Schreiben vom 30.03.2022 hat das Freie Landestheater Bayern e.V. (FLTB) den Nachweis der Mittelverwendung samt Gewinnermittlung für das Jahr 2021 vorgelegt.

Das FLTB bedankte sich noch einmal ausdrücklich bei der Stadt Miesbach für die Unterstützung in dieser immer noch schwierigen Zeit.

Der Verwendungsnachweis liegt jedem Stadtrat vor und ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.2. Bekanntgabe - Öffnung Freibad Miesbach

Das Freibad Miesbach öffnet voraussichtlich am 14. Mai 2022. Die Vorbereitungen dafür sind bereits in vollem Gange. Nach den derzeitigen Corona-Regeln, kann das Bad voraussichtlich unter „normalen“ Bedingungen geöffnet werden

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.3. Bekanntgabe - Förderung Umbau Freibad Miesbach

Mit Schreiben vom 15.03.2022 erhielt die Stadt Miesbach die Baugenehmigung vom Landratsamt Miesbach. Des Weiteren erhielt die Stadt Miesbach mit Schreiben vom 19.04.2022 die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn für den Umbau des Freibades Miesbach im Zuge des Sonderförderprogramms Schwimmbadförderung – SPSF. Damit kann mit der Maßnahme förderunschädlich begonnen werden.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.4. Bekanntgabe - Termin Bürgerversammlung 2022

Die Bürgerversammlung 2022 findet am Dienstag, den 15.11.2022, ab 18:00 Uhr im Waitzinger-Keller statt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.5. Bekanntgabe - Uhrenaussstellung des Museumsverein Miesbach

Vom 06.05.2022 bis 27.05.2022 findet im Foyer des Rathauses Miesbach eine Ausstellung des Museumsverein Miesbach mit dem Thema „Miesbach und seine Uhren / Geschichten aus fünf Jahrhunderten“ statt. Der Stadtrat ist zur Eröffnung am Freitag, den 06.05.2022, um 17:00 Uhr recht herzlich eingeladen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.6. Bekanntgabe - Ehrenwache Maibaum -

Am 1. Mai dieses Jahres wird am unteren Markt der Stadt Miesbach wieder traditionell der Maibaum aufgestellt. Anlässlich dessen soll der Stadtrat der Stadt Miesbach wieder die letzte sog. „Ehrenwache“ in der Nacht vom 30.04.2022 auf den 01.05.2022 übernehmen. Die Stadtratsmitglieder, die die Wache stellen, werden gebeten sich an Frau Bauer vom Ordnungsamt der Stadt Miesbach zu wenden.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

1.7. Bekanntgabe - Wasserarbeiten im Stadtgebiet

Das Wasserwerk der Stadt Miesbach bittet um Verständnis, dass es in den nächsten vier Wochen zu Verkehrsbehinderungen im Innenstadtbereich aufgrund dringender Arbeiten am städtischen Wassernetz kommen kann. Die Arbeiten betreffen überwiegend Kreuzungsbereiche und werden für jede Einzelmaßnahme ca. drei Tage in Anspruch nehmen.

Die betroffenen Anwohner werden rechtzeitig durch das Wasserwerk über die Verkehrsbehinderungen sowie die Unterbrechung der Wasserversorgung informiert.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

2. Haushalt 2022

Der dem Stadtrat vorliegende Haushalt **2022** hat ein Gesamtvolumen in Höhe von **53.965.024 €**. Er weist Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe aus:

Verwaltungshaushalt	34.123.684 €
und im Vermögenshaushalt	19.841.340 €
Gesamthaushalt	53.965.024 €

Verwaltungshaushalt:

Das Volumen des Verwaltungshaushalt 2022 umfasst in diesem Jahr 34.123.684 € und ist damit gegenüber dem vorjährigen Haushalt um **379.669 €** bzw. **1,12 %** größer.

An Kreisumlage muss die Stadt heuer insgesamt **9.856.450 €** an den Landkreis bezahlen. Die Kreisumlage fällt damit um 1.904.050 € höher aus als im Vorjahr aus.

Die **Zuführung** vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt (inkl. Anton-Gillhuber-Stiftung) beträgt insgesamt **1.972.220 €**.

Damit erreicht die Stadt Miesbach im Haushaltsjahr 2022 eine positive Leistungsfähigkeit.

Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt 2022 liegt mit seinem Gesamtvolumen um **3.414.690 €** bzw. **20,79 %** über dem Volumen des Haushalts 2021.

Geprägt ist der Vermögenshaushalt 2022 erneut durch sehr hohe Ausgaben im Bereich der Baumaßnahmen (Gr. 94-96). Insgesamt 16.185.700 € sind dafür eingeplant.

Die größten Positionen sind hier beim Straßenbau mit Straßenbeleuchtung (3.632.000 €), Wasserwerk (1.605.000 €), Schulbau (2.465.000 €), Kinderbetreuung (4.010.000 €) sowie der Beginn der Sanierung des Warmbades (1.050.000 €) zu finden, um nur die größten Maßnahmen zu nennen.

Aufgrund des hohen Ausgabevolumens ist die Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2022 im Wesentlichen durch eine sehr **hohe Kreditaufnahme** geprägt.

Insgesamt 10.750.000 € sind an Kreditaufnahmen vorgesehen.

Daneben steht eine Rücklagenentnahme in Höhe von 1.969.800 € sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe 4.482.500 €. Weitere Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, Darlehensrückflüssen betragen insgesamt 296.820 €.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt 1.972.220 €.

Der Haushaltsentwurf wurde am 10.03.2022 durch Rechnungsprüfung vorgeprüft. Eine abschließende Besprechung über die mögliche Genehmigungsfähigkeit fand am 16.03.2022 zusammen mit den Kommunalaufsicht im Rathaus Miesbach statt.

Die Kommunalaufsicht hat dabei der Stadt Miesbach keine abschließende Auskunft über die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsentwurfes 2022 gegeben.

Es wurde zwar festgestellt, dass die geplanten Schuldenaufnahmen im Haushaltsentwurf sowie in der mittelfristigen Finanzplanung sehr hoch sind und eine Überschuldung der Stadt Miesbach droht, dies letztendlich aber in der Eigenverantwortung der Stadt liegt, wie sie damit umgeht.

Sollte eine Haushaltsgenehmigung erfolgen, dann wird die Stadt in jedem Fall gezwungen sein, in den nächsten Jahren eine extreme Haushaltsdisziplin (Ausgabedisziplin) zu verfolgen.

Grundsätzlich muss die Stadt in jedem Fall bei den Aufgaben nach Pflicht und Freiwillig unterscheiden. Pflichtaufgaben sind in jedem Fall vorzuziehen. Bei mangelnder Gegenfinanzierung wären freiwillige Aufgaben zu streichen.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 24.03.2022 über den Haushaltsentwurf beraten und mit 9:2 Stimmen einen Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat über die Verabschiedung des Haushaltes 2022 inkl. der geplanten Kreditaufnahme sowie der Rücklagenentnahme gegeben.

Nach den einleitenden Worten des 1. Bürgermeisters Dr. Gerhard Braunmiller erläuterte Stadtkämmerer Josef Schäffler dem Stadtrat anhand einer Präsentation den Haushalt 2022.

In der folgenden Diskussion sah der Stadtrat die künftige Schuldenentwicklung durchaus kritisch. Man war sich aber durchaus bewusst, dass es sich bei den meisten Maßnahmen um Pflichtaufgaben handelt.

Kritisch sahen Teile des Stadtrates, dass entgegen eines Stadtratsbeschlusses für einen Immobilienverkauf kein Ersatzkauf in diesem Jahr vorgenommen wird.

Stadträtin Hedwig Schmid gab deshalb zu Protokoll, dass sie dem Haushalt 2022 nicht zustimmen wird, da nicht gesichert ist, dass der Immobilienankauf im Jahr 2024 wirklich vorgenommen wird.

Im Anschluss an die Diskussion gab der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt die dem Protokoll als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2022 samt Anlagen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 4

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt den vorgelegten Finanzplan mit dem ihm zugrundeliegenden Investitionsprogramm. Der Finanzplan (einschließlich Investitionsprogramm) und der Stellenplan liegen als Bestandteil des Haushalts 2022 dieser Sitzungsniederschrift als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis: 19 / 4

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs

3. Informationen zum Stand der Planungen zum Hochwasserschutz in Kleinthal, Präsentation durch das Ingenieurbüro SKI; weiteres Vorgehen

Vorgeschichte, Sachstand

In der Sitzung am 06.07.2017 hatte der Stadtrat das dem letzten Planungsstand zugrundeliegende Hochwasserschutzkonzept für Kleinthal beschlossen (Rückhaltebecken Thalerbach, Floigerbachverrohrung, adaptive Steuerung, keine Überleitung des Floigerbachs in das Becken), SKI mit der Ausplanung beauftragt und beschlossen, dass zeitnah Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Am 09.05.2019 wurden dann dem Stadtrat die weitergeführten Planungen nochmals vorgestellt, der Stadtrat hat jedoch beschlossen, dass die Planungen zunächst in einer Infoveranstaltung den betroffenen Bürgern vorgestellt werden sollen. Diese fand im Oktober 2020 mit dem Ergebnis statt, dass der früher schon bestehende Arbeitskreis wieder reaktiviert werden soll, und die im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erstellten früher bestehenden Varianten für einen Hochwasserschutz in Kleinthal nochmals untersucht und diskutiert werden sollten. Außerdem sollten die Planungen für den Floigerbach und das Dammbauwerk von einem Büro erstellt werden (bisher waren zwei verschiedene Büros) und die Planungsstände harmonisiert werden.

In diesem Arbeitskreis kam man überein, die Variante mit der Überleitung des Floigerbachs in das geplante Rückhaltebecken nochmals genauer zu untersuchen und insbesondere die mögliche Verfügbarkeit der erforderlichen Grundstücksteilflächen auszuloten. Nach einigen planerischen Überlegungen und Gesprächen mit verschiedenen Grundstückseigentümern erscheint die Überleitung des Floigerbachs in das Rückhaltebecken zumindest aufgrund der Grundstückverfügbarkeit von Grundstücken am Floigerweg möglich. SKI konnte darauf aufbauend seine Untersuchungen fortsetzen, so dass nun mehrere Varianten abzuwägen wären.

Vorplanung Hochwasserschutz Floigerbach**Abschnitt A (Oberlauf Siedlung)**

Es stellt sich die planerische Frage, an welcher Stelle es sinnvoll und erforderlich ist, den Floigerbach im Hochwasserfall bzgl. des Überwassers über ein Einlaufbauwerk in die Verrohrung zu zwingen. Herr Jungnickl hat ein Einlaufbauwerk oberhalb der Siedlung planerisch dargestellt und zwei Varianten für die weitere Ableitung erstellt.

Während Variante A1 eine Verrohrung außerhalb der Bebauung am Hang und Waldrand mit entsprechenden Rodungserfordernissen vorsieht, folgt der Floigerbach in Variante A2 zunächst dem bestehenden zu ertüchtigenden Gerinne im Bereich der Privatgrundstücke und wird dann im Fliederweg Richtung Floigerweg geführt, die Höhenverhältnisse erfordern hier eine sehr tiefe Verrohrung. Eine Fragebogenaktion und ein Ortstermin mit Anliegern haben leider nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht – die Verwaltung versucht zeitnah einen Termin mit den maßgeblichen Waldeigentümern zustande zu bringen.

Abschnitt B (Ausleitung des Floigerbachs in das Hochwasserrückhaltebecken)

Varianten:

B1: Überleitung ins Becken (alles oder nur Abflussspitze)

B2: keine Überleitung

Abschnitt C (weiterer Verlauf Floigerbach)

C1: Bestandsverrohrung bleibt (wenn Überleitung gem. B1 kommt und Zustand Bestandsverrohrung akzeptabel)

C2: Zusätzlicher Kanal oder Vergrößerung Bestandskanal (wenn keine Überleitung gem. B2)

Maßnahmenkombinationen, Varianten, Bewertung

Letztlich ergeben sich aus der Kombination verschiedener Bausteine 4 Varianten mit unterschiedlichen planerischen Auswirkungen auf verschiedene Parameter:

- Variante 1: A1 (Bypass) + B1 (Überleitung) + C1 (Bestandsleitung)
- Variante 2: A1 (Bypass) + B2 (keine Überleitung) + C2 (zusätzlicher Kanal)
- Variante 3: A2 (Ausbau Bestand) + B1 (Überleitung) + C1 (Bestandsleitung)
- Variante 4: A2 (Ausbau Bestand) + B2 (keine Überleitung) + C2 (zusätzlicher Kanal)

Anhand einer Bewertungsmatrix, basierend auf einem Vorschlag von SKI, wobei Gewichtung und Methodik von der Stadt Miesbach übernommen wurden, gilt es die verschiedenen Parameter zu gewichten, um auf diese Weise eine Vorzugsvariante herauszufiltern. Der Arbeitskreis wurde bzgl. der Gewichtung um Mithilfe gebeten und auch Erkenntnisse aus weiteren Gesprächen mit Grundstückseigentümern und Untersuchungen des begleitenden Landschaftsplanungsbüros bzgl. der ökologischen Auswirkungen werden noch in die Bewertung einfließen.

Sofortmaßnahmen durch mobile Elemente

Nachdem unter anderem auch aus dem Arbeitskreis der Ruf nach mobilen Elementen an die Stadt herangetragen wurde, wurde ein Hersteller zu einer Präsentation vor Ort eingeladen. Das System besteht aus aufblasbaren Schlauchsegmenten, die in verschiedenen Höhen zu einer beliebigen Länge zusammengefügt werden können. SKI hat anhand eines Geländemodells ermittelt, wie viele Elemente mit welchen Höhen Sinn machen, um am Durchlass unter der Kleinthalstraße ausuferndes Wasser westlich der Kleinthalstraße zurückzuhalten und kommt dabei auf ein Rückhaltevolumen von ca. 920 m³, gewisse Bedenken bestehen bzgl. der Sicherheit, da der Hersteller ohne Freibord plant und darzustellen wäre, wie sich das System bei größeren Ereignissen im Falle eines Überströmens verhält – die große Gefahr wäre ein schlagartiges Versagen mit einer entsprechenden Flutwelle. Zu klären wäre zudem, wie das rückgestaute Volumen abgelassen wird. Nach Berechnungen wäre das geschaffene Becken bei einem Abfluß bis ca. 2 m³/sec binnen 15 Minuten voll (vgl. HQ100 in MB ca. 9 m³/sec), damit wären Ereignisse in der Größenordnung HQ1 bis HQ5 zumindest für Teilbereiche linderbar. Angesichts der nicht unerheblichen Kosten von rund 100.000,-- € muss man sich die Anschaffung bei allen Unwägbarkeiten gut überlegen. Die Stimmungslage im Arbeitskreis war eher skeptisch und es kam wieder die Frage auf, ob nicht feste Geländemodellierungen in diesem Bereich zielführender wären. Dabei wäre die Grundwassersituation zu beobachten und Abdichtungen vorzunehmen um nicht die Bebauung einem steigenden Grundwasserspiegel auszusetzen.

Mit einer derartigen Maßnahme kann tatsächlich bei kleineren Ereignissen für bestimmte Bereiche eine Verbesserung der Verhältnisse erzielt werden, allerdings muss bei baulichen Änderungen immer sichergestellt sein, dass wenn ein Ereignis HQ100 eintritt, auch dann keine Verschlechterung für unterliegende Bereich zu erwarten ist. Dieser Nachweis kann allerdings ohne weitreichende weitere Maßnahmen nicht geführt werden. Auch die Haftungslage ist im Falle einer Verschlechterung für umliegende Bereiche bei festen Bauten verschärfter zu sehen, als bei mobilen Maßnahmen.

Gerinnevarianten im nördlichen Bereich

Die betroffenen Grundeigentümer hatten den Wunsch geäußert, hier eine Vorortbegehung durchzuführen um über Planungsüberlegungen und Auswirkungen auf die Grundstücke sprechen zu können. Hier ins Detail zu gehen ist natürlich schwierig, wenn das Gesamtkonzept noch nicht steht und damit auch die zu bewältigenden Abflüsse in diesem Bereich noch unsicher sind, dennoch wird ein Vororttermin anberaumt.

Stadtratsmitglied Seemüller dankt SKI für die Vorstellung der Planungen und problematisiert die Verfügbarkeit von Grundstücken. So sei es nicht zielführend, Varianten zu bewerten, wenn man nicht wisse, ob die sich auf Grundstücken überhaupt verwirklichen lassen.

Er bezweifelt, dass die Wassermengen überhaupt in diesem Umfang aufgestaut werden können und meinte, die Umsetzungen werden enorm teuer. Er behauptet, es sei noch nie ernsthaft eine Alternative mit Geländemodellierungen geprüft worden, die ohne Damm auskommen würden und möchte eine derartige Untersuchung beantragen.

Die Aussagen irritierten erheblich: Ein wichtiges Kriterium zur Bewertung der Varianten ist in der Bewertungs-Matrix ja eben genau die Grundstücksverfügbarkeit. Zudem war lang und breit untersucht worden, dass ein HQ 100- Schutz, der Förderung von 70 bis 80 % mit sich bringe, ohne Rückhalt im Becken nicht möglich sei. Herr Dr. Kleist von SKI erläutert, man habe sogenannte Nebenschlussvarianten untersucht, deren Platzbedarf wegen mehrerer Dämme weitaus intensiver sei und die das Wasserwirtschaftsamt wegen Unwirtschaftlichkeit abgelehnt habe, er sträube sich nicht, weitere Untersuchungen anzustellen, sie werden allerdings nicht zu neuen Erkenntnissen führen. Herr Breitwieser führt aus, Termine mit Grundstückseigentümern seien fixiert, die Gespräche seien aber schwierig und werden nicht einfacher, wenn im Stadtrat der Eindruck erweckt werde, es sei noch nicht alles untersucht und die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme evtl. gar nicht gegeben.

Stadtratsmitglied Seemüller bittet, ihm die bisherigen Untersuchungen zu dem Thema zugänglich zu machen, sein angedachter Antrag habe sich damit erledigt.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Parameter der vorliegenden Matrix in Absprache mit dem Arbeitskreis, den Planern und weiteren Erkenntnissen zu gewichten und auf dieser Basis dem Stadtrat eine Vorzugsvariante zur weiteren Beschlussfassung zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael

4. Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 26 (Benefiziatenhaus) in ein Haus für Kinder inkl. Brandschutzertüchtigung; Vorstellung der Entwurfsplanung -weiteres Vorgehen

entfällt

5. Überlegungen zum Aufbau eines weiteren Nahwärmeversorgungsnetzes in der Stadt Miesbach; Informationen, weiteres Vorgehen

Es gibt Überlegungen seitens eines Investors, der MW Biomasse AG, mit einer zu gründenden Projektgesellschaft in Miesbach eine Heizzentrale und ein Nahwärmenetz zu erstellen, um so Teile des Stadtgebietes vorwiegend im westlichen Bereich der Stadt mit Nahwärme aus regenerativer Energie zu versorgen. Angedacht ist auch eine Beteiligung der Stadt und des Landkreises an der Gesellschaft. Das Nahwärmenetz wäre vorwiegend im öffentlichen Verkehrsgrund der Stadt auf der Basis von Gestattungsverträgen zu verlegen.

Die Chancen und Risiken wurden im Vorfeld mit dem potentiellen Betreiber und dem planenden Ingenieurbüro anhand eines Fragenkatalogs sowie einer Beratung mit einem in diesen Dingen versierten Juristen des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbands sowie der Energiewende Oberland erörtert.

Ganz wesentlich für die Verwirklichung und Rentabilität des Projekts ist die Frage möglicher Wärmeabnehmer, mit denen zeitnah von Seiten des Investors Kontakt aufgenommen werden soll. Hierzu ist aber Voraussetzung ein richtungsweisender Grundsatzbeschluss des Stadtrates, um eine gewisse Planungssicherheit bzgl. des Projekts gewährleisten zu können.

Der bestmögliche Standort für die Heizzentrale soll in einem transparenten Verfahren unter der Einbindung der Öffentlichkeit gefunden werden.

In der Sitzung war man sich fraktionsübergreifend einig, dass man sich die Schaffung eines Nahwärmenetzes und dessen zeitnahe Umsetzung wünscht. Daher sollte auch die Frage nach einem möglichen Standort für die Heizzentrale schnellstmöglich beantwortet werden, wobei eine sorgfältige, transparente und durchdachte Auswahl erforderlich ist. Von daher sind unrealistische Zeitvorgaben zu vermeiden.

Beschluss:

Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich die Überlegungen zur Installation eines Nahwärmenetzes, versorgt durch eine Biomasseheizzentrale in Miesbach durch den Investor, die MW Biomasse AG, für eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativer Energie, die zudem der regionalen Wertschöpfung dient. Der Stadtrat wird das Projekt durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen unterstützen, die es im Detail abzu prüfen gilt. Die Ausgestaltung im Einzelnen ist Sache des Investors. Die Anfrage des Investors zu einem konkreten Standort wird schnellstmöglich definitiv beantwortet.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas

6. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 "Müller am Baum"; Beschluss zu Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan

Die bauliche und sonstige Entwicklung des Gebietes der ehemaligen Papierfabrik in Müller am Baum stellt sich bereits seit geraumer Zeit als sehr unbefriedigend sowohl im Hinblick auf das Erscheinungsbild, wie auch im Hinblick auf die Funktionalität dar. Verantwortlich ist eine Reihe von Faktoren und Umständen. In der Vergangenheit konnte trotz immer wieder erfolgter Versuche und Gespräche, teils unter Einbeziehung des Landratsamtes und des Wasserwirtschaftsamtes eine wesentliche Änderung in dem Bereich nicht herbeigeführt werden.

Der Bereich ist im Flächennutzungsplan der Stadt teils als Gewerbe- und teils als Mischgebiet dargestellt. Einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan gibt es nicht! Planungsrechtlich handelt es sich gegenwärtig überwiegend um unbeplanten Innenbereich.

Als immer wieder problematisch erweisen sich folgende Faktoren:

- Lediglich die Abwasserbeseitigung über Pumpwerke und die Überleitung in die Abwasserentsorgung der Stadt stellen öffentliche Erschließungsanlagen der Stadt Miesbach dar. Problematisch ist aber die Niederschlagswasserbeseitigung, da diese dauerhaft nicht über die Überleitung sichergestellt werden kann und darf!
- Straßen, Brücken, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung im Übrigen stellen private Erschließungsanlagen in marodem Zustand dar
- Die Flächen der ehemaligen Papierfabrik wurden aufgeteilt und stehen im Eigentum verschiedener Personen bzw. Firmen.
- Daraus folgt, dass große Flächen baurechtlich nicht erschlossen sind, weshalb eine geordnete bauliche Entwicklung im derzeitigen Zustand nicht möglich ist.
- Das Gebiet liegt im Bereich der geplanten Erweiterung der Zone III des Wasserschutzgebietes für die Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt München
- Gemischte Nutzungen stehen sich mit entsprechenden Anforderungen an den Immissionsschutz gegenüber
- Eine Reihe von Problemen ergeben sich aus Altlasten, Fahrtrechten, Leitungsrechten, Wasserrechten, Naturschutz, Biotopen

Nach diversen Überlegungen haben sich die Eigentümer der betroffenen Flächen darauf verständigt, dass eine komplette Umwandlung des Gebietes für eine Wohnnutzung, teils für sozialen Wohnungsbau mit dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen, Erholungsflächen sowie entsprechende verträgliche gewerbliche Nutzungen im Bereich entlang der Bundesstraße eine Option für das Gebiet sein könnte.

Die Neuüberplanung und Erschließung des Gebiets im Sinne von Wohnbebauung aus einer Hand, sowie die private Umlegung der Flächen und die Ordnung über städtebauliche Verträge an deren Ende auch die öffentliche Erschließung gewährleistet werden kann, stellt für die städtebauliche Entwicklung des Areals eine große Chance dar.

Das Architekturbüro Stürzer hat zusammen mit dem Bauträger- und Projektentwickler Vilgertshofer in Abstimmung mit den Eigentümern einen ersten Entwurf für einen städtebaulichen Rahmenplan entwickelt, den der Stadtrat vom Grundsatz her 2019 begrüßt hatte. Die Eckpunkte seien nachfolgend in Erinnerung gerufen:

Baufelder:

- Aufgrund der Lärmquelle Bundesstraße Zonierungen
- Orientiert zur Bundesstraße: Gewerbe, Einzelhandel zur Gebietsversorgung, soziales Wohnen, Gemeinbedarf, Nahwärmeversorgung
- An der Haupteerschließung orientiert: größerer und kleinerer Geschosswohnbau, Übergang zu Einfamilienhäuser
- Im Zentrum: Kindergarten, Hort, Tageseinrichtungen, Veranstaltungsraum, Gastronomie, Begegnungsfläche
- Ca. 250 Wohneinheiten

Verkehrskonzept:

- Erschließungsringe für kurze Wege
- Begleitend abgesetzt Fuß- und Radwegeverbindungen
- Ruhender Verkehr überwiegend Stellplätze (keine Tiefgaragen wegen Wasserproblematiken)
- Quartiersplatz Anbindung fußläufig

Freiflächenkonzept:

- Intensive Durchgrünung
- Berücksichtigung vorhandener Flora und Fauna
- Freihalten der Uferzonen
- Aufenthaltsquartiere, Spielplatz, Bolzplatz, Grillplatz
- Aufwertung wasserbegleitender Flächen
- Derzeit 21.000 qm versiegelt, Planung 16.000 qm

Höhenentwicklung:

- Abgestuft von der Bundesstraße beginnend mit Gewerbe viergeschossig – Geschosswohnbau dreigeschossig - Einfamilienhäuser, Doppelhäuser zweigeschossig

In der Diskussion wurden von den Stadtratsmitgliedern folgende Punkte angesprochen:

- Überwiegend positive Wertung der Planung
- Wärmeversorgung sollte klimaneutral sein
- Kein großflächiger Einzelhandel, nur zur Versorgung des Gebiets
- Sozialer Wohnungsbau wichtig
- Verkehrsanbindung wichtig
- Erheblicher Bevölkerungszuwachs in relativ weiter Entfernung zur Stadt

In einem nachfolgenden Scoping-Termin am Landratsamt Miesbach stellte sich schnell heraus, dass die schwierigste Problematik in der Lage des Areals in der geplanten Schutzzone des Wasserschutzgebiets für die Landeshauptstadt liegt.

Es folgen über zwei Jahre intensive Gespräche und Schriftverkehr mit dem Wasserwirtschaftsamt Rosenheim (WWA), da zunächst in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt (LfU) die Auffassung vertreten wurde, eine Entwicklung in Müller am Baum sei nur im Rahmen des planreifen Schutzgebietskatalogs möglich und erst nach Abschluss des Ausweisungsverfahrens. Der Stadt war es gelungen diese Auffassung mit rechtlichen und tatsächlichen Argumenten zurückzuweisen und man konnte sich einvernehmlich mit dem Wasserwirtschaftsamt Rosenheim darauf verständigen, dass bzgl. der weiteren Entwicklung des Ortsteils Müller am Baum zunächst eine Bestandsaufnahme durchzuführen ist. Diese sollte Grundlage für die Abschätzung sein, welche Entwicklung unter dem Aspekt Grund- und Trinkwasserschutz möglich wäre, ohne dass es zu einer Gefahrenerhöhung für die Belange der Wasserwirtschaft kommt. Das ermittelte Risikopotential kann dann als Vergleich für die Beurteilung künftiger neuer Nutzungen herangezogen werden. Aktuelle Missstände müssen unabhängig von der Frage des Schutzgebietes schon im Sinne des allgemeinen Grundwasserschutzes und des Abfallrechts gesondert beseitigt werden. Hierzu wurde das LRA Miesbach bereits durch das WWA angeschrieben.

Der Projektentwickler und die Grundstückseigentümer drängen auf einen Aufstellungsbeschluss seitens der Stadt auf Basis des Rahmenplans, um Planungssicherheit zu haben.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst den Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes im Bereich des Ortsteils Müller am Baum auf Basis des Rahmenplans vom 11.05.2020 des Architekturbüros Stürzer gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB. Hiermit verbunden ist die Absicht, den Ortsteil Müller am Baum einer neu ausgerichteten städtebaulichen Entwicklung zuzuführen und in diesem Zuge den bestehenden Flächennutzungsplan zu ändern und soweit erforderlich, eine Herausnahme bzw. Befreiung von der Landschaftsschutzgebietsverordnung Egartenlandschaft um Miesbach anzustoßen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss bekannt zu machen und das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Der Stadtrat sieht, dass der fragliche Bereich sich in der Schutzzone III des geplanten Schutzgebiets zur Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt München befindet und damit besondere Anforderungen bzgl. der Bauleitplanung bestehen. Der Stadtrat ist sich daher folgender Punkte bewusst:

- der Rahmenplan ist von Inhalt und Umfang großzügig dimensioniert und im nachfolgenden Verfahren wird auszuloten sein wird, in welchem Umfang diese planerischen Überlegungen umgesetzt werden können
- den wasserwirtschaftlichen Belangen kommt besondere Bedeutung zu, dem ist Rechnung zu tragen, durch eine Analyse des Istzustands sowie des Planzustands um eine Risikobewertung im Hinblick auf den Trinkwasserschutz vornehmen zu können
- der Rahmenplan bezieht momentan auch gegenwärtig dem Außenbereich zuzurechnende Flächen mit ein, was einer Neuausweisung im geplanten Schutzgebiet gleichkommt, der Stadtrat sieht hier eine gewisse Erforderlichkeit, um die wirtschaftliche Grundlage der umfassenden Sanierung des Gebietes gerade im Hinblick auf Bestandsrisiken für den Trinkwasserschutz zu schaffen
- die Planungen entsprechen nicht unbedingt den Zielen der Regionalplanung, wonach die Siedlungsentwicklung vorrangig an den Hauptorten vorstättengehen soll. Es sollen daher im Bebauungsplangebiet Infrastrukturmaßnahmen geschaffen werden, zudem erscheint eine größere Siedlungsentwicklung in Miesbach an anderer Stelle aufgrund der verschiedensten Faktoren schwierig
- die Festsetzungsmöglichkeiten in einem Bebauungsplan werden voraussichtlich nicht ausreichen, um den erforderlichen Trinkwasserschutz gewährleisten zu können, so dass begleitende weitere Regularien erforderlich werden

Abstimmungsergebnis: 20 / 1

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas

**7. Errichtung einer Jugendfreizeitstätte in Form eines Skaterparks im Bereich der Gemeindegrenze zu Hausham;
Information, weiteres Vorgehen**

Die Fraktionen wurden am 25.03.2021 vom 1. Bürgermeister Dr. Braunmiller gebeten, Vorschläge für eine geplante Standortalternativprüfung für Jugendfreizeitstätten abzugeben. Es gingen 11 Standortvorschläge ein. Diese 11 Standortvorschläge wurden in einer Prüfung bearbeitet und die Fraktionen im Anschluss über das Ergebnis informiert. Als die zwei besten Standorte wurden ermittelt:

- den Basketballplatz an der Mittelschule für die Öffentlichkeit freigeben
- unter der Brücke direkt an der Straße zur Mühlstatt

Der Basketballplatz an der Mittelschule wurde bereits für die Öffentlichkeit freigeben. Am zweiten Standort will die Stadt Miesbach nun eine Skateranlage errichten. Inzwischen wurden Gespräche mit der Gemeinde Hausham geführt, die ebenfalls eine Anlage für den Freizeitsport für Kinder und Jugendliche errichten wollen. Die geplanten Standorte befinden sich in räumlicher Nähe zueinander in der Haidmühl, an den jeweiligen Ortsgrenzen. Der Platz eignet sich gut, in unmittelbarer Nähe zum Gymnasium Miesbach, zur Realschule Miesbach und zum Freibad. Die Gemeinde Hausham will auf deren Gelände, zwischen dem Wasserwerk und dem Gebäude der ESB, einen Pumptrack errichten. Der Gemeinderat Hausham behandelte dies in der Sitzung am 07.04.2022.

Die Stadt Miesbach steht für die Skater-Anlage auf Miesbacher Grund seit längerem in Gesprächen mit dem Bund bzgl. einer Fläche unter der Bundesstraßenbrücke B472. Jetzt liegt ein Vertrag zur Nutzung des Geländes vom Staatlichen Bauamt Rosenheim vor. Vom Landratsamt wurde angeregt, aufgrund der Nähe der nächstliegenden Wohnbebauung ein Immissionsschutzgutachten erstellen zu lassen. Das Gelände liegt außerhalb des Wasserschutzgebietes der Gemeinde Hausham.

Mit dem 1. Bürgermeister der Gemeinde Hausham, Herrn Jens Zangenfeind, wurde besprochen, dass ein gemeinsames interkommunales Projekt für Kinder und Jugendliche sehr wünschenswert ist. Wichtig ist dabei aber vor allem auch, dass die Kinder und Jugendlichen bereits mit in die Planungen einbezogen werden. In das weitere Vorgehen werden einbezogen, der Jugendreferent, die Familienreferentin, die Sportreferentin sowie die Mitarbeiterin im Landratsamt Miesbach, Frau Lena Renner, vom Bereich kommunale Jugendarbeit.

Innerhalb der nächsten Monate soll der Diskussionsprozess mit den Kindern und Jugendlichen in den Kommunen durchgeführt werden. In diesem Prozess soll das Projekt mit Einbindung der Jugend und Fachpersonal besprochen und erarbeitet werden. Erst dann wird feststehen was genau entsteht.

Zu Finanzierung:

Es soll ein interkommunales gemeinsames Projekt zur Förderung bei Leader eingereicht werden. Es wurden bereits mehrere Gespräche, zusammen mit der Gemeinde Hausham und dem LEADER-Manager des Landkreises Miesbach, Herrn Kortus, geführt. Aus den Gesprächen ergab sich, dass voraussichtlich 50 % der Kosten über das LEADER-Programm gefördert werden können. Voraussetzung ist, dass zunächst Projektbeschreibungen erfolgen und der Lenkungsausschuss im LEADER-Verfahren einem solchen Projekt zustimmt.

Es wird ein gemeinsamer Förderantrag für zwei Projekte erstellt, um die Vorteile zusammen bei Leader geltend zu machen. Anschließend wird jede Kommune ihr Projekt eigenständig bearbeiten und auch später für den Unterhalt aufkommen.

Für die Skateranlage liegt ein Angebot über 50.000 € vor, Tiefbauarbeiten sind noch nicht berücksichtigt. Im Haushalt 2022 wurden 50.000,00 € vorgesehen. Es wird versucht Spenden zu finden.

Die Überlegungen werden vom Stadtrat begrüßt, allerdings wurde vorgetragen, dass eine Anlage in Betonbauweise im Hinblick auf die Haltbarkeit, die Akzeptanz und den Schall günstiger sei, allerdings auch wesentlich teurer. Stadratsmitglied Seemüller betont, es müsse sicher sein, dass der Standort nicht nur genehmigungsfähig sei, sondern auch alle notwendigen Genehmigungen schriftlich vorhanden sind. Es dürfe auf keinen Fall passieren, dass die Gemeinde Hausham beim interkommunalen Projekt einen Pumptrack baue und der Skaterpark aufgrund irgendwelcher Gründe nicht gebaut werden könne. Es sei eine einmalige Chance für die Miesbacher Jugendlichen, endlich den lang gewünschten Skaterpark zu erhalten, die es jetzt zu verwirklichen gilt. Stadratsmitglied Hupfauer stellt eine Spende von 100,-- € in Aussicht.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes stimmt der Stadtrat dem Konzept für den Bau einer Skateranlage zu und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Förderverfahrens und ermächtigt den 1. Bürgermeister zur Vergabe der Planung.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas

8. Bestätigung des neugewählten Kommandanten und Kommandantenstellvertreters der freiwilligen Feuerwehr Wies

Im Rahmen der jährlichen Dienstversammlung erfolgte am 12.03.2022 die Neuwahl des Kommandanten und des Kommandanten-Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Wies.

Zum 1. Kommandanten: **Schöpfer Florian, wohnhaft in Miesbach**
aktives Feuerwehrmitglied seit: 2005

Zum Kommandanten- Stellvertreter: **Stielner Franz, wohnhaft in Miesbach**
aktives Feuerwehrmitglied seit: 2005

Der Kreisbrandrat hat gegen die Wahl der beiden o.g. Personen keine Einwendungen erhoben.

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt gem. Art. 8 Abs. 4 Satz 1 BayFwG die Wahl des Kommandanten Florian Schöpfer und die Wahl des Kommandanten-Stellvertreters Franz Stielner.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Baumgartner

9. Fertigstellung der Brandmeldeanlage und Ertüchtigung der IT Verkabelung im Rathaus und der Stadtbücherei;
Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Auftragsvergabe

Im Zuge der Sanierungen des Rathauskellers und der Stadtbücherei wurden die Grundlagen einer vernetzten Brandmeldeanlage geschaffen. Um die IT Verkabelung des Gebäudes auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen sowie Brandschutzmängel in der bestehenden IT Verkabelung zu beheben, müssen Baumaßnahmen umgesetzt werden. Aus Gründen der IT Sicherheit wird vom Landesamt für Informationssicherheit dringend empfohlen, Netze zu trennen. Die Trennung von Telefonnetz und Datennetz ist sogar Pflicht. Um eine Trennung der Netze durchführen zu können, muss die Anzahl der Netzwerkanschlüsse erhöht werden. Aus Performancegründen ist es auch sinnvoll, die übrigen alten Kabel gegen neue CAT 7 Kabel auszutauschen. Gemäß Haushaltsplanung und Kostenschätzungen liegen die Kosten dieser Maßnahmen bei ca. 90.000 € brutto für die Fertigstellung der BMA und ca. 80.000 € brutto für die Ertüchtigung der IT Verkabelung.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Fertigstellung der Brandmeldeanlage sowie der zugleich möglichen Ertüchtigung der IT-Verkabelung zu und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die Bauleistungen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Baumgartner

**10. Straßendeckenbau Voglherdstraße;
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-**

Mit Stadtratsbeschluss vom 25.11.2021 wurde die Verwaltung mit der Planung zum Deckenbau in der Voglherdstraße beauftragt. Die Leistungsphasen 1 bis 3 sind abgeschlossen. Seit kurzem liegt dementsprechend der Verwaltung die Entwurfsplanung vor. Diese umfasst u.a. folgende Leistungen:

- Abfräsen der bestehenden Asphalttragschicht auf ca. 4 cm
- Einbau einer 8 cm dicken, 2-lagigen Asphalttschicht
- Ertüchtigung der Straßeneinläufe
- Verlegung von Leerrohren für den späteren Breitbandausbau
- Erneuerung der Asphalttragschicht auf ca. 245 m² inkl. Unterbauverbesserung.

Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß Kostenberechnung auf ca. 210.000 € inklusive Nebenleistungen und Rohrleitungsbau für den Breitbandausbau.

Die Bauausführung ist ab Juni 2022, je nach Verfügbarkeit der ausführenden Firmen eingeplant. Als Bauzeit wird mit ca. 4 Wochen gerechnet.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Bauentwurf zu und beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung und Bauausführung. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die bei den Vergaben erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch die Rechtsaufsichtsbehörde, zu beauftragen.

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, das Ingenieurbüro Trummer mit den Planungsleistungen der weiteren Leistungsphasen 5 – 9 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Baumgartner

**11. Straßendeckenbau Haidmühl inkl. Brücke "Anger";
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-**

Die mit Stadtratsbeschluss vom 25.11.2021 beauftragten Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-4 sind weitgehend abgeschlossen. Folgende Arbeiten sind gemäß Bauentwurf auszuführen:

Sanierung Verkehrsbrücke „Anger“

- Nach derzeitigem Stand geringfügige Betoninstandsetzungsarbeiten auf der Oberseite der Fahrbahnplatte. Der genaue Umfang kann erst nach Entfernung des Belags und der darunter liegenden Abdichtung festgelegt werden.
- Asphaltbelag und Abdichtung restlos entfernen und erneuern.
- Aufgrund des schlechten Bauteilzustands abbrechen und erneuern beider Außenkappen.
- Demontage, Wiederaufbereitung und Einbau des vorhandenen Stahlgeländers.
- Erneuerung der Brückenentwässerungsabläufe.
- Bau einer Böschungstreppe für spätere Instandhaltungsarbeiten und Brückenprüfungen.

Straßendeckenbau Haidmühl

- Kompletter Rückbau der Asphaltschichten auf ca. 1.600 m².
- Erneuerung der Frostschutzkiesschicht auf der kompletten Fläche bis zu einer Tiefe von ca. 0,60 m bzw. ca. 1.100 m³.
- Erneuerung der Oberflächenwasserführung auf ca. 200 m.
- Verlegung von Leerrohren für den Breitbandausbau (LWL) auf ca. 200 m.
- Einbau einer neuen, zweilagigen Asphaltdecke auf ca. 1.600 m².

Die Kostenberechnungen ergeben eine Summe von ca. 300.000 € brutto für die Brückensanierung und ca. 370.000 € brutto für den Straßendeckenbau inklusive der LWL-Verlegung.

Die geschätzten Gesamtkosten belaufen sich somit Stand 14.04.2022 auf ca. 670.000 € brutto inklusive Nebenkosten.

Im Haushalt 2022 wurden insgesamt Mittel in Höhe von 660.000 € brutto eingestellt.

Als Bauzeit sind ca. 12 Wochen ab dem Juli 2022 eingeplant. Während der Dauer der Baumaßnahmen ist der gesamte Bereich für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. Grundsätzlich kann der Fußgängerverkehr mit temporären Sperrungen während der Bauzeit aufrechterhalten werden.

In der anschließenden Diskussion stellte Stadtrat Pohl die Frage, ob aus Kostengründen im inneren Bereich der Haidmühl auf einen Deckenbau verzichtet werden kann und anstatt dessen auch eine Oberflächenbehandlung möglich ist. Herr Brückner antwortete, dass aufgrund der beengten Verhältnisse mit einer Oberflächenbehandlung nur kurzzeitige Verbesserung erzielt werden kann. In diesem Bereich findet überwiegend nur ein Zufahrtsverkehr zu den Hauseinfahrten bzw. zu Parkplätzen statt. Somit kann sich im Unterschied zu Durchgangsstraßen der aufgetragene Rollsplitt nicht kraftschlüssig einfahren.

Stadtrat Fertl merkte an, dass die zu sanierenden Brückenkappen augenscheinlich gar nicht in so schlechtem Zustand sind. Herr Brückner antwortete darauf, dass im Vorfeld umfangreiche Bauteiluntersuchungen durchgeführt wurden. Unter anderem wurden hierbei auch mehrere Bohrkern aus den Kappen entnommen. Die Auswertung hat ergeben, dass die Abdichtung unterhalb der Kappen nach mittlerweile knapp 47 Jahren stark porös geworden ist und dementsprechend auszutauschen ist.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den Entwurfsplanungen zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung, Ausschreibung und Bauausführung. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die bei den Vergaben erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes durch die Rechtsaufsichtsbehörde, zu beauftragen.

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, die Ingenieurbüros mit den Planungsleistungen der weiteren Leistungsphasen 5 – 9 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier

12. Straßendeckensanierungsprogramm 2022; -Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Ausschreibung und Vergabe-

Die Verwaltung plant im Jahr 2022 wieder ein umfangreiches Straßensanierungsprogramm. In Abstimmung mit dem städtischen Bauhof und dem Tiefbauamt wurde entsprechend dem Straßenzustand festgelegt, welche Straßen bzw. Bereiche zeitnah saniert werden müssen.

Grundsätzlich werden Straßen im Zuge von Kontrollen in 4 Kategorien eingeteilt, wobei die Bewertung von „Kategorie 1 sehr schlechter Zustand“ bis „Kategorie 4 sehr guter Zustand“ reicht. Sämtliche, nachfolgend aufgeführte Straßen werden mit einer einfachen oder doppelten Oberflächenbehandlung ertüchtigt. Hierbei wird auf der bestehenden Straßenoberfläche eine neue, dünne Asphaltsschicht aufgebracht. Diese Asphaltsschicht wird im Anschluss mit Rollsplitt abgestreut. Durch den Straßenverkehr wird der neue Belag verdichtet und dadurch der überwiegende Teil des Rollsplitts in den Belag eingearbeitet. Nach einer Liegezeit von ca. 2- 3 Wochen wird der überschüssige Rollsplitt entfernt. Nach Abschluss der Arbeiten kann somit wieder eine ausreichende Griffigkeit der Fahrbahnoberfläche gewährleistet und die Nutzungsdauer der Straße um Jahre verlängert werden.

Zusätzlich zu den Oberflächenbehandlungen müssen bei den zu sanierenden Straßen einige Schachtabdeckungen, Sinkkästen und sonstige Einbauten vor Sanierungsbeginn angeglichen werden. Diese Arbeiten werden im Vorfeld durch eine gesondert beauftragte Tiefbaufirma ausgeführt. Somit wird die Gesamtmaßnahme in zwei separaten Verfahren, aufgeteilt in Tiefbauarbeiten und Oberflächenbehandlung, ausgeschrieben.

Gemäß Kostenberechnung belaufen sich die Kosten für die Tiefbauarbeiten auf ca. 13.000 € brutto und für die Oberflächenbehandlungen auf ca. 380.000 € brutto. Die Gesamtkosten belaufen sich somit auf ca. 393.000 € brutto. In den Summen wurden bereits entsprechende Sicherheitszuschläge aufgrund der derzeit schwer einzuschätzenden, sehr dynamischen Preisentwicklungen mit eingerechnet.

Folgende Straßen bzw. Bereiche wurden in den Kategorien 1 oder 2 eingestuft und müssen zeitnah saniert werden:

1. Ableitnerstraße
2. Lichtenauer Straße
3. Schweinthalter Straße
4. Zwergerweg
5. OT Wachlehen, hierbei Wallberg- und Neureuthstraße
6. Wies Teil 1- Schopfgraben bis Höger
7. Wies Teil 2- Hinterloher bis Auf der Grün
8. Von- Vollmar- Straße, hier Teilbereiche als Interimsmaßnahme
9. Stadlbergstraße
10. Münchner Straße, hier Teilbereiche als Interimsmaßnahme

Die Gesamtlänge aller zu sanierenden, vorgenannten Straßen beträgt ca. 4.800 m mit einer Gesamtfläche von ca. 28.500 m².

Im Haushalt 2022 wurden 250.000 € brutto für das Straßensanierungsprogramm 2022 angemeldet. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung waren die zum Teil massiven Kostensteigerungen aufgrund der derzeitigen weltpolitischen Lage und der einhergehenden Preissteigerungen auf dem Energiesektor nicht vollumfänglich absehbar. Zusätzlich wurden inzwischen vom städtischen Bauhof und dem Tiefbauamt nochmals eingehende Straßenkontrollen nach dem Winter durchgeführt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Stadlbergstraße, Lichtenauer- und Schweinthalter Straße nochmals strukturell erheblich abgebaut haben. Diese Straßen wären normalerweise erst im Jahr 2023 für eine Sanierung vorgesehen gewesen und tragen mit ca. 73.000 € brutto Sanierungskosten ebenfalls zu den Mehrkosten bei.

Die Gesamtmehrkosten in Höhen von ca. 143.000 € brutto gegenüber denen für 2022 angemeldeten Haushaltsmitteln könnten aus dem Ansatz in Höhe von 250.000 € brutto für die Deckenpauschale/ Unvorhergesehenes gegenfinanziert werden.

Aufgrund der zum Teil stark fortgeschrittenen Beschädigungen empfiehlt die Verwaltung eine zeitnahe Sanierung der oben aufgeführten Straßen bzw. Bereiche. Hierzu soll in der Stadtratssitzung gemeinsam festgelegt werden, welche zu sanierenden Straßen letztendlich für die Ausschreibung, Vergabe und Durchführung freigegeben werden sollen.

Der Umfang des Straßensanierungsprogramms wurde anschließend fraktionsübergreifend kontrovers diskutiert.

Stadträtin Güldner merkte an, dass Straßensanierungen auch auf mehrere Jahre gestreckt bzw. aufgeteilt werden können. Die Verwaltung soll hierzu die aufgeführten Straßen anhand einer Priorisierung einteilen und nur die notwendigsten Sanierungsmaßnahmen ausführen. Die restlichen Straßen sollen dann zu einem späteren Zeitpunkt saniert werden. Die Verwaltung soll hierzu in Frage kommende Straße für eine Verschiebung der Sanierungsarbeiten auswählen.

Herr Brückner antwortete darauf, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem städtischen Bauhof bereits eine Priorisierung anhand eines Straßenkontrollplans durchführt. In Regelmäßigen Abständen finden gemeinsame Straßenkontrollen statt, in denen der Zustand ermittelt wird. Die vorgenannten Straßen sind der entsprechende Ausfluss aus den Kontrollen. Da die aufgeführten Bereiche allesamt in zum Teil erheblich schlechten Zustand sind, ist eine Streichung so einfach nicht möglich. Herr Brückner bot jedoch dem Stadtrat an, den Umfang der Straßensanierung gemeinsam festzulegen und dementsprechend Straßen aus dem diesjährigen Sanierungsprogramm zu streichen.

Stadtrat Fertl sagte, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zum Straßenunterhalt in der Regel durchaus begründet sind. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage sollten jedoch einige aufgeführte, zu sanierende Straßen auf längere Zeiträume gestreckt werden. Die Verwaltung soll festlegen, welche der vorgenannten Straßen für 2022 gestrichen werden können.

Die Stadträte Ruml, Hupfauer und Grießbeck sehen eine Verschiebung der Sanierungsmaßnahmen sehr kritisch. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass verschobene Projekte in der Regel bei späterer Ausführung immer teurer geworden sind. Zudem wird die noch vorhandene Struktur mit der Zeit noch schlechter. Somit sollte der Umfang der vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen nicht reduziert und zeitnah ausgeführt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung und Durchführung des Straßensanierungsprogramms mit den oben genannten Straßen. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts durch die Rechtsaufsichtsbehörde, zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 16 / 3

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

13. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

19.04.2018 Neuabschluss Bierlieferungsvertrag für die Gaststätte „Bräuwirt“ sowie Ablösung des Biervertrages für die Eisstadion-Gaststätte

Der Stadtrat stimmt dem neuen Bierlieferungsvertrages für die Gaststätte Bräuwirt in der vorgelegten Fassung zu. Des Weiteren stimmt der Stadtrat der vorzeitigen Rückzahlung des Darlehens i.H.v. 9.757,65 € der Eisstadion-Gaststätte zu.

- 13.09.2018** Entsorgungskosten kontaminiertes Erdreich auf dem Gelände des ehem. Krankenhaus; Abschluss der Prüfungen; weiteres Vorgehen
- Der Stadtrat schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an, dem Landkreis einen Vergleich in Höhe von maximal 50% der Gesamtkosten anzubieten. Als Verhandlungseinstieg sollen die bereits durch die Stadt Miesbach gezahlten 235.000 € als Vergleich angeboten werden. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, mit den weiteren Bürgermeistern diesbezüglich mit dem Landkreis Verhandlungen aufzunehmen.
- 18.10.2018** Einrichtung eines Handyparksystems über den Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland; Vertragskonditionen; weiteres Vorgehen
- Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin zum Abschluss eines Einzelvertrags mit ParkNow (Laufzeit 6 Jahre) im Rahmen des Vertrags mit dem Zweckverband kommunales Dienstleistungszentrum Oberland bis 31.12.2018 mit den entsprechenden hierfür geltenden Konditionen für folgende Leistungen:
- Handyparken in den gebührenpflichtigen Parkzonen
 - Handyparken für Bereiche, in denen die Nutzung einer Parkscheibe vorgesehen ist
- 18.10.2018** Bräuwirt Miesbach; neue Bestuhlung für Saal, Auftragsvergabe
- Der Stadtrat beschließt den Kauf von 220 Stück Stühlen mit Polsterung und Bezugstoff, welche die Fa. Huber aus Gmund zu einem Preis von 41.888 € angeboten, und somit das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt den Auftrag an die Fa. Huber zu vergeben.
- 18.10.2018** Bauhof Miesbach / Hochbau; Neuorganisation; weiteres Vorgehen
- Der Stadtrat stimmt der Aufgabenteilung des bisherigen Bauhofleiters wie folgt zu:
- 1.) Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird er nur noch das Aufgabengebiet „Hochbau und Gewässer III. Ordnung sowie Hochwasserschutz“ in Abstimmung mit dem Bauamt führen und seiner Tätigkeit im Rathaus nachgehen.
 - 2.) Das Aufgabengebiet „Bauhof mit Wasserwerk (incl. Spielplätze und Baumkataster)“ wird vom bisherigen Zuschnitt getrennt. Der Genehmigung zur Ausschreibung eines neuen Bauhofleiters wird zugestimmt.
- 18.10.2018** Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; -Entscheidung über die Ausübung-
- Ausübung von Vorkaufsrechten für alle Verkaufsfälle zugunsten der Stadt Miesbach / Fl.Nr.: 144/52 Gem. Wies.
- Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin von der Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts gem. § 24 Abs. 1 Nr. 1 BauBG für die Teilfläche (Verkehrsfläche) zur „Lichtenauer Straße“ (ca. 136 m²) abzusehen, wenn von den Vertragsbeteiligten eine Dienstbarkeitslösung verpflichtend schriftlich zugesagt wird, die der Stadt Miesbach die rechtliche Voraussetzung zur öffentlichen Widmung und zur Eintragung der Leitungsrechte verschafft. Die Eintragung der Dienstbarkeit für die öffentliche Verkehrsfläche sowie der Leitungsrechte, wird seitens der Stadt Miesbach mit einmalig 3.000 € zzgl. der Notar- und Grundbuchkosten entschädigt. Anderenfalls wird die Erste Bürgermeisterin ermächtigt, das Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 BauBG für die Teilfläche (Verkehrsfläche) zur „Lichtenauer Straße“ auszuüben. Das vertragliche Vorkaufsrecht wird nicht ausgeübt.

22.11.2018 Sanierung Rathauskeller; Ermächtigung zur Auftragsvergabe

Der Stadtrat stimmt der geplanten Vorgehensweise zu. Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

22.11.2018 Abschnittsweiser Fenstertausch im ehem. Krankenhaus Miesbach, Auftragsvergabe

Der Stadtrat stimmt dem abschnittsweisen Fenstertausch im ehem. Krankenhaus, sowie dem Kauf von Fenstern, welche die Fa. Martin aus Miesbach zu einem Preis von 26.205,35 € angeboten hat, zu. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag an die Fa. Martin zu vergeben.

22.11.2018 Teilsanierung der Wasserleitung am Baumer Berg; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zur Auftragsvergabe

Der Stadtrat ermächtigt, die 1. Bürgermeisterin, den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Firma „Peter Rink Bau GmbH“, zu beauftragen.

22.11.2018 Entwicklung des Baugebiets Gschwendt; Stand der Untersuchungen zur Problematik des Altbergbaus; Auswahl eines Bebauungsplanarchitekten; Erschließungsplanung; städtebaulicher Vertrag; weiteres Vorgehen

Beschluss 1: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Situation des Altbergbaus zur Kenntnis und ermächtigt die 1. Bürgermeisterin die Planungsleistungen für die Sanierungsmaßnahmen unter Beachtung vergaberechtlicher Grundsätze zu beauftragen. Die Sanierungskosten werden in den Haushalt 2019 eingestellt. Die Bohr-, Sicherungs-, Verfüll- und Verpressarbeiten sind durch das Ingenieurbüro auszuschreiben. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, nach der Vergabeempfehlung des Ingenieurbüros die Arbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Die Verwaltung wird beauftragt, wegen Schadensersatzansprüchen notfalls unter anwaltschaftlicher Zuhilfenahme an E.ON:SE heranzutreten und sich diesbezüglich auch bei anderen Gemeinden zu erkundigen.

Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, die Architekten Sodermann sowie Schneider/Siebeneicher in eine der nächsten Sitzungen des Stadtrates einzuladen, um dann eine Entscheidung bzgl. der Vergabe der Planungsleistungen für den Bebauungsplan Am Gschwendt zu treffen.

Beschluss 3: Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin zur Beauftragung des Ingenieurbüros Dippold und Gerold bzgl. der Planung der Entwässerungseinrichtungen für das Baugebiet Gschwendt unter Beachtung vergaberechtlicher Grundsätze.

Beschluss 4: Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin zum Vertragsabschluss des von der Verwaltung vorbereiteten städtebaulichen Vertrags im Sinne der dargestellten Eckpunkten mit den privaten Grundstückseigentümern.

22.11.2018 Verpachtung einer städtischen Grundstücksteilfläche / Fl.Nr.: 304/1 T; Gemarkung Miesbach; Nähe Marktwinkl 20

Der Stadtrat spricht sich für eine Verpachtung der städtischen Grünfläche im Süden des Anwesens „Marktwinkl 20“ zu. Die Verwaltung wird zur Ausarbeitung eines entsprechenden Pachtvertrages mit dem Eigentümer von Marktwinkl 20, beauftragt.

22.11.2018 Neuabschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Stadt Miesbach und der Gemeinschaftswerbung Miesbach (GWM) zum 01.01.2019

Der Stadtrat stimmt dem Vertragsentwurf in der vorgelegten Fassung zu. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Vertrag mit der Gemeinschaftswerbung Miesbach (GWM) zu schließen.

22.11.2018 Vertragliche Grundstücksangelegenheiten der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung, Löschung etc.- Vertragliches Vorkaufsrecht für alle Vorkaufsrechte Fl.Nrn. 460/15 Gemarkung Miesbach

Der Stadtrat beschließt, dass das vertragliche Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle nicht ausgeübt wird. Einer Löschung wird nicht zugestimmt, so dass die Auflassungsvormerkung für das Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle für die Stadt Miesbach im Grundbuch des Grundstücks „Tölzer Straße 31“ weiterhin eingetragen bleiben muss.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

14.1. Unvorhergesehenes - Warmbad

Stadträtin Jooß fragt an, ob man im Warmbad Miesbach, wie in anderen Schwimmbädern, die Wassertemperatur um ein Grad senken könne, um damit Energiekosten einzusparen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.2. Unvorhergesehenes - Ukraine

Stadträtin Jooß gibt an, dass derzeit ca. 50 ukrainische Flüchtlinge in privaten Haushalten in Miesbach untergebracht sind. In der Gymnasiumturnhalle sind in Wechselbelegung ebenfalls ca. 50 Flüchtlinge untergebracht. Hierfür hat sich ein neuer Helferkreis installiert, um die Personen weiter betreuen zu können.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Andreas, Lechner Michael, Schlier, Schmid

14.3. Unvorhergesehenes - Veranstaltungen

Stadträtin Jooß lädt den Stadtrat zur Teilnahme an den Veranstaltungen „Eine Reise ohne Flug und Bahnfahrt“ am 07.05.2022 im Waitzinger Keller, sowie dem Lesevortrag „Bücherverbrennung 1933“ am 10.05.2022, in der Stadtbücherei Miesbach ein.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.4. Unvorhergesehenes - Bürgerversammlung

Stadträtin Brunner regt an, die unter Tagesordnungspunkt 1.4 bekanntgegebene Bürgerversammlung nicht schon früher abhalten könne. Da man nicht wisse, wie sich die Corona-Lage bis zum 15.11.2022 entwickle, wäre die Chancen für die Durchführung höher, wenn man den Termin nach vorne verlege.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.5. Unvorhergesehenes - Skaterpark

Stadtratsmitglied Seemüller gibt zu Protokoll, dass die Planungen für den unter Tagesordnungspunkt 7 besprochenen Skaterpark so lange auf Eis gelegt werden sollen, bis eine schriftliche immissionsrechtliche Genehmigung des Landratsamtes Miesbach vorliege.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.6. Unvorhergesehenes - Hallenwald

Stadtrat Seemüller gibt an, dass die umliegenden Anwohner des Hallenwaldes gerne private Patenschaften für die 16 Buchen im Hallenwald, die laut dem Beschluss der letzten Stadtratssitzung nicht weiter Geschützt werden sollen, übernehmen würden.

Der 1. Bürgermeister bittet, dass sich die entsprechenden Personen bei der Stadt Miesbach melden.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.7. Unvorhergesehenes - Riviera

Stadtratsmitglied Seemüller schlägt vor, den Stufenplan zum Ausbau der Riviera auf einem Plakat in der Riviera auszustellen. Damit wäre mehr Transparenz, sowie Verbindlichkeit und Vertrauen, dass die Maßnahme durchgeführt wird, geschaffen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.8. Unvorhergesehenes - Wolf

Stadtratsmitglied Burger merkt an, dass er sich über den Brief der Landkreisbürgermeister bezüglich den Abschlusskompetenz von Wölfen für den Landkreis sehr wundere. Er finde es komisch, dass die Bürgermeister nun nicht als Vertreter ihrer Gemeinden auftreten, sondern als Privatpersonen. Er hofft, dass dies nicht zur neuen Methode werde um das Gremium zu umgehen. Solche Themen sollten immer zuerst im Stadtrat besprochen werden.

Der 1. Bürgermeister antwortet, dass dies seine persönliche Meinung darstelle und er trotz seines Amtes seine Meinung als Privatperson kund tun dürfe und sich dies auch nicht verbieten lasse.

Stadtrat Seemüller spricht dem Bürgermeister ein Lob für den von Stadtrat Burger kritisierten Brief bezüglich dem Thema Wolf aus. Die betroffenen Land- und Almwirte haben diesen Brief sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.9. Unvorhergesehenes - Maibaum

Stadtratsmitglied Christian Mittermaier gibt an, dass der Maibaum in Miesbach natürlich traditionell am Sonntag, den 1. Mai aufgestellt werden. Im Miesbacher Merkur war ausversehen das Datum 30.04.2022 ausgeschrieben worden.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mittermaier Alfred, Fuchs, Lechner Michael, Lechner Andreas, Schlier, Schmid

14.10. Unvorhergesehenes - Schulweg Badstraße

Stadtratsmitglied Seemüller erklärt, bei dem derzeit wegen der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge in der Landkreisturnhalle beim Gymnasium gesperrten Fußweg zur Badstraße handle es sich um einen Schulweg, der von Schulkindern genutzt wird. Es sollten als Alternative die Tore am Sportplatz geöffnet werden, so dass der Weg über das Sportgelände genutzt werden kann. Herr Breitwieser erklärt, dass eine diesbezügliche Anfrage derzeit zwischen dem Landratsamt und den Schulleitungen abgeklärt werde.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Ende der Sitzung

Miesbach, 17. März 2022

gez. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister